Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4111**

16. Wahlperiode 19. 01. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Jens Spahn, Annette Widmann-Mauz, Peter Albach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Peter Friedrich, Elke Ferner, Dr. Carola Reimann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/3615 –

Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/AIDS in Deutschland

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Birgitt Bender, Irmingard Schewe-Gerigk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/3616 –

Gemeinsam gegen AIDS – Verantwortung und Solidarität stärken

A. Problem

AIDS ist trotz neuer medizinischer Behandlungsmöglichkeiten eine lebensbedrohliche Erkrankung geblieben. Eine Heilung ist bislang nicht möglich, die lebenslang notwendige Therapie ist mit hohen Kosten und einem erheblichen medizinischen Betreuungsaufwand verbunden. Die Zahl der HIV-Infizierten nimmt auch 25 Jahre nach der Entdeckung von AIDS in allen Teilen der Welt weiter zu. Leichtsinn und die Verdrängung der Folgen einer Infektion führen auch in Deutschland zu einem Anstieg der Neuinfektionen. Die gleichzeitig steigenden Neuinfektionsraten bei weiteren sexuell übertragbaren Krankheiten sind ebenfalls ein Zeichen für sinkendes Risikobewusstsein beim Geschlechtsverkehr. Die nach Deutschland zugewanderten Menschen aus Hochrisikogebieten sind in besonderem Maße betroffen und erfahren meist erst hier von ihrer Infektion. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist die Aufklärungs- und Präventionsarbeit ständig den Veränderungen anzupassen und fortzuentwickeln. Außerdem ergeben sich daraus Herausforderungen für die Stärkung institutioneller Kompetenz und Vernetzung bei der Entwicklung von Therapien sowie bei der Forschung nach Impfstoffen und der Schaffung von Präventionsmöglichkeiten, mit denen sich Frauen selbst schützen können.

B. Lösung

In beiden Anträgen wird die auch zukünftig besondere Bedeutung von Präventionsanstrengungen hervorgehoben.

Zu Nummer 1

Darüber hinaus fordern die Fraktionen der CDU/CSU und SPD die Bundesregierung auf, die einschlägigen Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag nun umzusetzen, die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten weiter zu bündeln, Private-Public-Partnerships zur HIV-Prävention zu würdigen und nach Wegen zur dauerhaften Sicherung von Forschung und Netzwerken auf diesem Gebiet zu suchen. Gemeinsam mit den Ländern und Verbänden soll bundesweit im Rahmen einer Selbstverpflichtung der Anbieter von Orten sexueller Begegnung auf Präventionsmaßnahmen hingewirkt werden, wobei nach zwei Jahren zur Umsetzung berichtet werden soll und ggf. Vorschläge für eine gesetzliche Regelung unterbreitet werden sollen. Ferner sollen die Erfahrungen Österreichs und der Schweiz mit der Verschärfung des Strafrechts geprüft und die Bedeutung von HIV/AIDS auch in der Ausbildung von Diplomaten berücksichtigt werden.

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/3615 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Zu Nummer 2

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert dagegen u. a. den Aufbau und die Erweiterung von Kontaktportalen im Internet. Die AIDS-Hilfen dürften von der Politik bei der Verbreitung ihrer zielgruppenadäquaten Präventionsbotschaften nicht zensiert werden. Im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme sollen die besonderen Lebensumstände der Menschen mit HIV und AIDS berücksichtigt werden. Ferner sollen die rechtlichen Voraussetzungen für die kontrollierte Heroinvergabe an Schwerstabhängige in die Regelversorgung geschaffen und die Situation infizierter Frauen bei der Forschung und der Unterstützung durch Netzwerke berücksichtigt werden sowie Flüchtlinge mit HIV/AIDS aus Ländern ohne Behandlungsmöglichkeiten einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel erhalten.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3616 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD und Annahme des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder Ausarbeitung eines alternativen Antrags.

D. Kosten

Zu Nummer 1

Die Koalition der CDU/CSU und SPD hat für das Jahr 2007 eine Aufstockung der Mittel für Aufklärungsmaßnahmen auf insgesamt 12,2 Mio. Euro beschlossen. Die finanzielle Kooperation der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit dem Verband der privaten Krankenversicherung, der die Arbeit der Bundeszentrale mit jährlich 3,4 Mio. Euro unterstützt, wird begrüßt.

Zu Nummer 2

Kürzungen bei den Präventionsmaßnahmen in Ländern und Kommunen sollen vermieden bzw. zurückgenommen werden. Außerdem sollen Mehrbedarfe im Rahmen des SGB II und des SGB XII anerkannt werden.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/3615 unverändert anzunehmen,

2. den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

Berlin, den 19. Januar 2007

Der Ausschuss für Gesundheit

Dr. Martina Bunge	**Peter Friedrich**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Friedrich

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf **Drucksachen 16/3615 und 116/3616** in seiner 71. Sitzung am 1. Dezember 2006 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er sie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids in Deutschland wirksamer bekämpfen. Sie haben dazu jeweils einen Antrag vorgelegt. Der Deutsche Bundestag sollte sich damit anlässlich des Weltaidstages am 1. Dezember 2006 beschäftigen.

Zu Nummer 1

Die Koalitionsfraktionen fordern in ihrem Antrag auf Drucksache 16/3615 die Bundesregierung auf, den im Koalitionsvertrag angekündigten Aktionsplan zur Bekämpfung von HIV-Infektionen und Aids-Erkrankungen gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Verbänden in der ersten Hälfte des kommenden Jahres vorzulegen und umzusetzen. Zudem soll im Bereich HIV/Aids die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten unter der Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit weiter gebündelt werden. Unter die Lupe genommen werden sollen laut Koalitionsfraktionen auch die bisherigen Präventionsansätze. An Orten sexueller Begegnung müssten zudem kostenlos Kondome und Gleitmittel sowie Informationen über sichere Sexualpraktiken bereitgestellt werden.

Zu Nummer 2

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich in ihrem Antrag auf Drucksache 16/3616 dafür ein, die Präventionsanstrengungen angesichts gestiegener Neuinfektionsraten zu intensivieren. Insbesondere müssten die Kürzungen auf der Ebene der Länder und Kommunen zurückgenommen werden. Die Fraktion wendet sich ausdrücklich gegen eine Zensur der Internetinformationsangebote der Aids-Hilfen. Auch über Risikovermeidung bei nicht allgemein üblichen Sexualpraktiken müsse leicht verständlich und anschaulich aufgeklärt werden. Im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme sollen die besonderen Lebensumstände der Menschen mit HIV und Aids berücksichtigt werden sowie rechtliche Voraussetzungen für die kontrollierte Vergabe von Diamorphin an Schwerstabhängige in der Regelversorgung geschaffen werden. Weiter heißt es in dem Antrag u. a, es sei dafür Sorge zu tragen, dass Flüchtlinge mit HIV-Infektion oder Aids-Erkrankung aus Ländern ohne Behandlungsmöglichkeiten nicht dorthin abgeschoben würden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 33. Sitzung am 17. Januar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3615 anzunehmen. Ferner hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 28. Sitzung am 17. Januar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3615 anzunehmen. Ferner hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 38. Sitzung am 17. Januar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3615 anzunehmen. Ferner hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 26. Sitzung am 17. Januar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3615 anzunehmen. Ferner hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 25. Sitzung am 17. Januar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3615 anzunehmen. Ferner hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 25. Sitzung am 17. Januar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/

3615 anzunehmen. Ferner hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 29. Sitzung am 17. Januar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3615 anzunehmen. Ferner hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 35. Sitzung am 17. Januar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3615 anzunehmen. Ferner hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Beratung beider Anträge in seiner 39. Sitzung am 17. Januar 2007 aufgenommen und abgeschlossen. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 16/3615 anzunehmen. Ferner empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/3616 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies auf die seit einigen Jahren – auf vergleichsweise niedrigem Niveau – dramatisch steigenden Neuinfektionsraten. Vor diesem Hintergrund begrüßten sie, dass es bereits am 1. Dezember 2006 zum Weltaidstag eine Debatte im Deutschen Bundestag gegeben habe, in der nicht nur die Situation in Afrika und den Entwicklungsländern Thema gewesen sei, sondern zum ersten Mal seit vielen Jahren auch die Entwicklung in Deutschland. In ihrem Antrag hätten die Koalitionsfraktionen deshalb Forderungen an die Bundesregierung aufgenommen. Diese beträfen u. a. den Aktionsplan, der nun bald vorgestellt werden solle und mit dem gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Verbänden geeignete Maßnahmen umgesetzt werden sollten. Glücklicherweise scheine es gelungen zu sein, die Arbeit mit den osteuropäischen Partnerländern über das Bundesministerium für Gesundheit zu koordinieren und die erfolgreiche Präventionsarbeit in Deutschland nach Osteuropa weiterzugeben. Gefordert werde aber – vor allem mit Blick auf die jüngere Generation, Migranten und bestimmte Szenen – auch ein konstruktiv kritischer Dialog über Präventionsarbeit in Deutschland. Eine weitere Forderung betreffe die Verstetigung und Unterstützung der im weltweiten Vergleich hervorragenden Kohortenforschung. Der Hauptunterschied zwischen den beiden Anträgen bestehe in der notwendigen Aufforderung an die Bundesregierung, in zwei Jahren einen Bericht vorzulegen, der sich mit der freiwilligen Präventionsverpflichtung von Anbietern von Orten sexueller Begegnung beschäftige. Wenn die freiwillige Verpflichtung nicht genüge, müssten rechtliche Regelungen geprüft werden. Dabei sollten auch die Erfahrungen der Schweiz und Österreich mit der Verschärfung des Strafrechts einbezogen werden. Es gehe nicht um eine Kriminalisierung des Einzelnen, sondern handhabbare Regelungen zur Eindämmung der kommerziellen Angebote von ungeschütztem Sex, die eine fahrlässige Gefährdung der Verbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten darstellten. Da sich Vertreter der Bundesregierung wiederholt mit der HIV-/Aids-Problematik beschäftigt hätten und das Thema hochrangig wahrgenommen werde, sei die Bestellung eines Aids-Beauftragten nicht notwendig.

In der Beratung stellte die **Fraktion der SPD** fest, dass die Intention des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu begrüßen sei. In der Ausführung gebe es jedoch Mängel: So laufe der Antrag auf eine positive Diskriminierung HIV-/Aids-Infizierter hinaus. Es könne nicht sein, dass im Bereich der sozialen Sicherung eine Sonderbehandlung für diese Gruppe gegenüber z. B. Hepatitis-C-Infizierten oder anderen Personen mit chronischen Infektionen erfolge, die lange keine Krankheitszeichen zeigten, aber eine langfristig schlechte Prognose hätten. Dies gelte auch für die Forderung betreffend Flüchtlinge mit HIV-/Aids-Infektionen. Auch dort gebe es andere Erkrankungen, bei denen man ähnlich argumentieren müsste. Die kontrollierte Heroinvergabe werde zwar von der Fraktion der SPD ebenfalls angestrebt, aber es sei kein Geheimnis, dass es in dieser Frage noch koalitionsinternen Abstimmungsbedarf gebe. Die vorgetragene Kritik an den Formulierungen betreffend eine Verschärfung des Strafrechts sei hingegen nicht nachvollziehbar, da der Bundesregierung zunächst lediglich ein Prüfauftrag erteilt werde. Zudem unterstützten z. B. in Österreich auch die Selbsthilfe und die Aids-Hilfe die fraglichen strafrechtlichen Änderungen. Der Hinweis auf eine stärkere Berücksichtigung der HIV-/Aids-Problematik in der Ausbildung der Diplomaten sei vor dem Hintergrund der internationalen Dimension angebracht. Einige Länder hätten sogar Sonderbotschafter mit ausschließlicher Zuständigkeit für dieses Thema ernannt, aber so weit habe man hier nicht gehen wollen. Für die Kohortenforschung, bei der Deutschland führend sei, wünsche man sich fraktionsübergreifend Unterstützung, wenn es um die Verstetigung gehe. Man müsse über den jetzigen Projektförderstatus und die Förderzyklen hinwegkommen, um Datensätze und Beobachtungen über lange Zeiten hinweg machen zu können.

Die **Fraktion der FDP** erläuterte, bei der Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen enthalte man sich zwar der Stimme, aber die Ablehnungsgefühle seien stark, vor allem mit Blick auf die Überlegungen zur Verschärfung des Strafrechts. Der Weg der Information und der Eigenverantwortung müsse stärker herausgestellt werden. Ferner sei der Antrag vornehmlich auf Wirtschaft und Forschung bezogen und deswegen zu eng gefasst. Die Drogensuchtproblematik und das Thema Prostitution fänden nicht die nötige Aufmerksamkeit. Zudem werde zwar in der Begründung auf Osteuropa verwiesen, aber grenzüberschreitende konkrete Ansätze fänden sich im Antrag kaum. Die Herausstellung der Ausbildung von Diplomaten schließlich sei erklärungs-

bedürftig. Die Forderungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Sonderregelungen für Aids-Kranke in den sozialen Sicherungssystemen seien aus den von der Fraktion der SPD bereits genannten Gründen problematisch, so dass dieser Antrag abgelehnt werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie unterstützten den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN inhaltlich voll. Das in Deutschland geschaffene kulturelle Klima, in dem ein diskriminierungsfreier Umgang mit HIV/Aids Alltag und Realität sei, müsse weitergeführt werden. Die Entwicklung in Deutschland werde jedoch manchmal zu optimistisch gesehen, und es gebe eine gewisse Verdrängung. Dies betreffe z. B. den Sextourismus im Baltikum. Ausgeblendet werde die Verantwortung der Männer, die mit von Spritzdrogen abhängigen Prostituierten verkehrten. Vor diesem Hintergrund müsse das Spektrum der HIV-Prophylaxe erweitert und der promiskuitive heterosexuelle Sexualbereich einbezogen werden. Ferner fehle in der Bundesregierung ein Aids-Beauftragter als zentrale Ansprechstelle. Die von der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNEN hervorgehobenen Perspektiven würden ausdrücklich unterstützt: HIV-Infizierte erreichten zunehmend ein Lebensalter, das berufliche und medizinische Rehabilitation zu einem wichtigen Auftrag machten, der zudem eine sozialpolitische und rentenrechtliche Dimension habe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, neben den im Antrag genannten Forderungen müsse sich die Politik mit dem Problem beschäftigen, dass kranke Menschen von den privaten Versicherungen nicht aufgenommen würden und ihnen z. B. eine zusätzliche private Altersvorsorge nicht offen stehe. Zudem müsse im Bereich von SGB II und SGB XII dafür gesorgt werden, dass bei den Betroffenen flexibel Mehrbedarf anerkannt werde. Auch die Gewährung von Rehabilitationsmaßnahmen müsse thematisiert werden. Während die freiwilligen Absprachen mit den Betreibern von Orten sexueller Begegnung zu begrüßen seien, sei eine Verschärfung des Strafrechts höchst problematisch: Die bisherigen Regelungen reichten aus, und ein Paradigmenwechsel von der Aufklärung und dem offenen Zugehen auf betroffene Gruppen hin zu einem Repressionsansatz sei kontraproduktiv. Deshalb müsse der Antrag der Koalitionsfraktionen trotz der bestehenden Übereinstimmungen abgelehnt werden. Ihnen sei bewusst, dass die Forderung, rechtliche Voraussetzungen für die kontrollierte Vergabe von Diamorphin an Schwerstabhängige in der Regelversorgung zu schaffen, in der Koalition kontrovers gesehen werde. Wichtig sei im Zusammenhang mit HIV/Aids, den Sekundärpräventionscharakter dieser Form der Versorgung Schwerstabhängiger mit zu berücksichtigen.

Berlin, den 19. Januar 2007

Peter Friedrich
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333